

## **Steinkohlesubventionen als „Steinbruch“ der Innovationspolitik?**

Der Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 27. April 2004 (BT-Drucksache 15/2971) mit dem Titel „Mit Innovationen auf Wachstumskurs – eine einheitliche Strategie“ umfasst ein breites Spektrum von Maßnahmen und Vorschlägen zur Innovationsförderung. Er soll in diesen Tagen im Bundestag diskutiert werden.

Im speziellen Fall der Hochschulförderung wird ein Finanzierungsvorschlag unterbreitet: „Ein Hochschulsonderprogramm, finanziert aus der Rückführung der Steinkohlesubventionen, ist aufzulegen.“ (Tz.2.1.1.)

Ganz generell soll Subventionsabbau zu Gunsten der Forschungsförderung stattfinden. Auch hier ist vor allem an die Steinkohlehilfen gedacht:

„So sollen z. B. die Steinkohlesubventionen um 5 Mrd. Euro zu Gunsten von Forschung und Bildung reduziert werden.“ (Tz. 4.2)

Andere Vorschläge oder Beispiele zum Subventionsabbau finden sich leider nicht. So bliebe der Steinkohlenbergbau der einzige Bereich, in dem überhaupt ein nennenswerter Subventionsabbau stattfände. Derartige Vorschläge zur anderweitigen Verwendung der Steinkohlesubventionen decken sich mit landläufigen Vorstellungen etwa in der FDP.

Da z. B. die Spitze der CDU in NRW den Verdacht, hier sollten verschiedene soziale Gruppen, die auf staatliche Zuwendungen angewiesen sind, gegeneinander ausgespielt werden, etwa Studenten gegen Bergleute, weit von sich weist, müssen Parolen wie „Bildung statt Kohle“ davon ausgehen, das Geld sei kurzfristig tatsächlich alternativ verwendbar.

### Frisches Geld durch Kürzung der Kohlehilfen?

Tatsächlich sind die Steinkohlebeihilfen seit 1998 bereits deutlich reduziert worden. Die Reduzierung soll nach den jüngsten kohlepolitischen Beschlüssen fortgesetzt werden:

- **Von 1996 bis 2005** werden die öffentlichen Finanzierungshilfen für die deutsche Steinkohle gemäß dem festgelegten Reduktionsplan von 5,3 Mrd. € auf 2,7 Mrd. € p.a. verringert.

Kumuliert über den Gesamtzeitraum werden die öffentlichen Hände dadurch **um knapp 13,2 Mrd. € entlastet**. Wo ist dieses Geld geblieben?

- Ab 2006 werden die jährlichen öffentlichen Finanzierungshilfen für die deutsche Steinkohle bis 2012 schrittweise auf nur noch 1,83 Mrd. € zurückgeführt. Insgesamt sind für den Zeitraum **2006-2012** genau 15,87 Mrd. € an öffentlichen Finanzierungshilfen zugesagt (zuzüglich 1,13 Mrd. € Eigenbeitrag des RAG-Konzerns). Gegenüber dem in 2005 vorgesehenen Subventionsniveau ergibt sich daraus kumuliert eine **weitere Entlastung allein des Bundeshaushaltes um gut 3 Mrd. €**

Trotz dieses bereits enormen Abbaus der Steinkohlebeihilfen, der dem Bergbau tief greifende strukturelle Einschnitte abverlangt, haben sich bekanntermaßen die Haushaltsprobleme des Bundes in den letzten Jahren, derzeit sowie im Hinblick auf die mittelfristige Finanzplanung für die nächsten Jahre nicht spürbar verringert – andere Faktoren spielen hierbei eine unverhältnismäßig größere Rolle. Die Erwartung, die verbliebenen Steinkohlesubventionen könnten eine Art „Steinbruch-Funktion“ zur Lösung anderweitiger Haushaltsprobleme leisten, ist schon deshalb nicht nachvollziehbar.

Unklar ist auch, worauf sich der von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion genannte Reduktionsbetrag von 5 Mrd. € eigentlich genau beziehen soll. Öffentlichen Verlautbarungen einiger Abgeordneter zufolge will die Union diesen Betrag im Gesamtzeitraum 2006 bis 2012 von dem oben erwähnten Gesamtvolumen der Finanzierungshilfen von 15,83 Mrd. € abzweigen, also über den bereits vorgesehenen weiteren Subventionsabbau zusätzliche Kürzungen vornehmen. Dies steht nun aber im Widerspruch zu den eigenen Kürzungsplänen, die etwa von der CDU in NRW vorgelegt worden sind und auf eine Halbierung der Steinkohlenförderung bis 2010 zielen, dafür aber bereits rd. 12,3 Mrd. € veranschlagt haben. Selbst bei vollständiger Einstellung der Steinkohlenförderung ab 2011 ergäbe sich dann nur ein Kürzungsvolumen von rd. 3,5 Mrd. € nicht aber von 5 Mrd. € Will demnach die Union im Bund noch weitaus gravierendere Einschnitte bei den Steinkohlesubventionen vornehmen?

Nolens volens könnte das sogar ein Auslaufen der Steinkohlenförderung innerhalb weniger Jahre, also gewissermaßen im Sturzflug, erzwingen. In jedem Fall wären derartige Kürzungslinien nicht mehr ohne Massenentlassungen im Steinkohlenbergbau, an dem bundesweit direkt und indirekt noch immer gut 100.000 Arbeitsplätze hängen, darstellbar.

#### Was wären die ökonomischen Konsequenzen?

Abgesehen von der bei diesem Szenario **völlig ignorierten energiepolitischen Frage**, wie der Beitrag der heimischen Steinkohle zu einer gesicherten Stromerzeugung und zur Kokskohlenversorgung der Stahlindustrie ersetzt werden soll und ob es in Kauf zu nehmen ist, die

größte nationale Energierohstoffreserve zu verlieren, hätte das schwerwiegende soziale und regionale Folgen. Und es wäre auch finanzpolitisch kontraproduktiv, per Saldo würde es gerade nicht zu wirklichen Einsparungen in den öffentlichen Haushalten führen.

Stilllegungen im Steinkohlenbergbau mit der Folge von **Entlassungen in die Arbeitslosigkeit** bedingen **erhebliche fiskalische Lasten**, wie eine Prognos-Studie von 1999 („Interdependenzen von Steinkohlenbergbau und Wirtschaftsstruktur im Ruhrrevier“) und auch die Bundesregierung in einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der FDP-Fraktion zur „Zukunft der Förderung heimischer Steinkohle“ erneut Ende 2003 (BT-Drs. 15/2112) bestätigt haben. Neben dem Wegfall der Aufträge und der eigenen Wertschöpfung der Bergbauunternehmen sowie der Kaufkraft der vom Bergbau abhängigen Beschäftigten entstehen den öffentlichen Haushalten einschließlich der Sozialversicherungsträger Mindereinnahmen bei Steuern bzw. Sozialabgaben und in entsprechendem Umfang Mehrausgaben für Arbeitslosengeld etc.; im Nettoeffekt übersteigen die dadurch anfallenden fiskalischen Zusatzlasten die eingesparten Subventionen für den Kohleabsatz solange, bis durch Wachstum und Beschäftigungsbelebung in anderen Wirtschaftsbereichen rentable Ersatzarbeitsplätze in genügender Zahl entstanden sind. Angesichts der nunmehr seit vielen Jahren und in absehbarer Zeit auch weiterhin desolaten Arbeitsmarktlage ist das aber nicht zu erkennen.

Die Alternative zu subventionierten Arbeitsplätzen im Steinkohlenbergbau ist deshalb **zusätzliche Arbeitslosigkeit mit einer Arbeitsproduktivität von null** – mit allen Belastungen auch für die Wachstumskräfte. Unter solchen Voraussetzungen ist auch nicht zu erwarten, dass die durch einen Subventionsabbau freigesetzten Mittel „in absehbarer Zeit einer produktiveren Verwendung in anderen Branchen, Berufen oder Regionen zugeführt werden“, wie das RWI schon 1985 in einem Gutachten bekräftigt hat. Das Gleiche gilt für eine vermeintliche Umwidmung in andere öffentliche Fördermaßnahmen.

**Darum konnten und können durch den Subventionsabbau bei der deutschen Steinkohle weder die öffentlichen Haushalte per Saldo wirksam entlastet noch Innovationen, sonstige Verwendungszwecke und auch nicht das Wirtschaftswachstum gefördert werden – zusätzlicher Subventionsabbau erhöht dann lediglich die volkswirtschaftlichen Verluste und Risiken.**

**Das kann niemand ernsthaft wollen.**